

Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren: Stillstand oder Fortschritt?

Schneider, Dreer, Mai 1999

Die strukturellen Probleme in Österreich sind u.a. auch auf die austrokeynesianische Wirtschaftspolitik in den Jahren 1971 bis 1986 zurückzuführen. Im Zuge der Nachfrage- und Beschäftigungsstabilisierung in dieser Zeit wurde eine passive Sanierung bzw. ein Ausscheiden von ineffizienten Unternehmen verhindert. Der Druck einer Anpassung an geänderte Bedingungen auf Wettbewerbsmärkten wurde reduziert. Als Folge wurden dementsprechend auch die staatlichen Aufgaben ausgeweitet. Dieser Ausweitung stehen heute budgetäre Restriktionen gegenüber, die oft ausschlaggebend für Privatisierungen sind. Neben budgetären Gründen für Privatisierungen (Einmaleffekt) wird privatwirtschaftlich geführten Unternehmen auch eine höhere betriebswirtschaftliche Effizienz unterstellt. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie die Fortschritte bei den Privatisierungsmaßnahmen und das noch bestehende Privatisierungspotential in Österreich.

Die Untersuchung zeigt, daß einiges in den Bereichen Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren geschehen ist, so daß die Frage „Stillstand oder Fortschritt?“ sich eher mit „Fortschritt“ beantworten läßt. Auf der anderen Seite zeigt die Studie auch, daß gegen Ende der 90er Jahre noch ein beträchtliches Privatisierungspotential bei Bund, Ländern und Gemeinden vorhanden ist. Besondere Bedeutung erhält dieses Privatisierungspotential vor dem Hintergrund empirischer Untersuchungen, die überwiegend nachweisen, daß die Produktion von Gütern und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand weniger effizient ist, als eine gleichartige Produktion im privaten Bereich.

Vergleicht man die Privatisierungserlöse in Relation zum nationalen BIP liegt Österreich mit 1,39% im Jahr 1998 im oberen Mittelfeld der europäischen Länder. Die höchsten Privatisierungserlöse in Relation zum BIP erzielten 1998 Portugal mit 4,05%, Griechenland mit 3,26%, Dänemark mit 2,58% und Spanien mit 2,09%. Dies zeigt, daß der Trend zur Privatisierung ein ungebrochener ist und sicherlich in vielen Ländern sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die private Produktion kostengünstiger und effizienter gestaltet werden kann, wenn diese Unternehmen ihre Güter in wettbewerbsträchtigen Märkten anbieten müssen.

In Österreich konnte für alle Gebietskörperschaften ein beträchtliches Privatisierungspotential nachgewiesen werden. Selbst wenn von diesem nur Teile ausgeschöpft würden, könnten ausgegliederte und/oder privatisierte Leistungen in Form von selbständigen Unternehmen die Haushalte der öffentlichen Hand beträchtlich entlasten.

FOLGENDE SCHWERPUNKTE WURDEN BEHANDELT:

- > **Theoretische Erklärungsansätze und empirische Studien für eine höhere Ineffizienz bei öffentlichen Unternehmen**
- > **Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im internationalen Vergleich**
- > **Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung in Österreich**
- > **Empirische Ermittlung der Privatisierungspotentiale der öffentlichen Hand in (Ober) Österreich**
- > **Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen**